

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
39 (1925)**

92 (20.4.1925)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-513774](#)

39. Jahrgang

preis 10 Pfennig

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme des Sonn- und Feiertags. Der Abonnement-
preis beträgt für einen Monat
1.60 Goldmark frei Haus,
für Abholer von der Empfehlung (Peterstraße Nr. 76)
1.50 Goldmark, durch die Post bezogen für den Monat
— 1.50 Goldmark. —

Republik

Norddeutsches Volksblatt — Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland — Oldenburger Volksblatt

Hauptredaktion: Peterstraße 76
Fernsprecher Nr. 58

Wilhelmshaven-Rüstringen, Montag, 20. April 1925 * Nr. 92

Redaktion: Peterstraße 76
Fernsprecher Nr. 58

Schicksalstunde des Kommunismus.

Ein Wort zur Präsidentenwahl.

Die Reichspräsidentenwahl vom 20. April entscheidet mehr als nur die Frage, wer in Zukunft als Ersatz Nachfolger verantwortlich an der Spitze der Deutschen Republik stehen soll. Schon der erste Wahlgang am 29. März hat die politische Entwicklung in Preußen durch die Wiederwahl des Ministerpräsidenten Braun entscheidend beeinflusst. Es wird nicht nur darauf ankommen, daß der Republikaner siegt und der Monarchie geschlagen wird, es kommt auch darauf an, wie er geschlagen wird. Herr v. Koebel, der Vater der Hindenburgwahl, mußte schon, was er schrieb, als er eine eventuelle Niederlage Hindenburgs als „unentzündlich“ bezeichnete. Hindenburg geschlagen, das bedeutet die schwere Niederlage, die der Reaktion in Deutschland — und nicht nur in Deutschland — zugefügt werden kann. Hindenburg geschlagen, das bedeutet das Scheitern aller Hoffnungen auf eine Restaurierung des wilhelminischen Obrigkeitsstaates, das bedeutet die Unmöglichkeit einer Revanchepolitik in Europa. Hindenburgs Niederlage deutet vor allem die Abwehr eines jeden Versuchs, die Arbeiterschaft in Deutschland wieder wie früher zu Staatsbürgern dritter und vierter Klass zu machen.

Der Name Hindenburg hat darum auf die ganze Arbeiterschaft wie ein Band gewirkt. Auf die Kommunisten genauso wie auf die Sozialdemokraten. Ein Blick in die kommunistische Presse zeigt, daß die maßgebenden Männer der kommunistischen Partei sehr genau wissen, welche Gefahr schon die Aufführung Hindenburgs, gesmeide dem seine eventuelle Wahl, für die gesamte Arbeiterschaft bedeutet. Die ganze kommunistische Politik der letzten Jahre war aufgebaut auf der bewußt erlogenen Behauptung, daß es in Deutschland keine reaktionäre monarchistische Gefahr gebe, daß die Sozialdemokratie angeblich „mit dem Faschismus“ identisch sei.immer wieder haben die kommunistischen Führer den Arbeiterschaften eingeredet, versucht, daß die Sozialdemokratie angeblich nur die Geschäfte der Monarchien und Reaktionäre betreibe, daß für die Kommunisten eine Unterstützung der Sozialdemokratie deshalb unmöglich sei, weil die Sozialdemokratie angeblich nur „ein Flügel des Faschismus“ sei. Mit dieser verlogenem Behauptung haben die Kommunisten es fertig gebracht, jahrelang selbst die Geschäfte des Faschismus zu betreiben. Sie haben im Reich die Luther-Regierung in den Sattel gelegt. Sie haben in Preußen den Deutungsmall geholt, das Ministerium Braun zu stürzen und haben in diesem wichtigsten deutschen Land die Deutungsmall, die Jäger und Schwerindustrie unmittelbar bis an die Tore der Macht gebracht. Gewiß hat diese Politik den Kommunisten bereits ungeheuer gefährdet. Der Vergleich der Wahlergebnisse vom Mai und Dezember vergangenen Jahres und der letzten Präsidentenwahl zeigt das, und doch konnten sie diese Politik fortsetzen, weil es ihrer überlegen Hebe gelang, bei einem Teil der Arbeiter der Sozialdemokratie die alleinige Verantwortung für alle politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland zuzuschreiben.

Hindenburgs Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl hat das Bild geändert. Nicht ist die Fragestellung klar und einfach. Das Rechengepiel ist so präzise, daß seine Demagogie mehr im Hande ist, den Sinn dieses Kampfes irgendwie zu verwischen. Wer Thälmann wählt, wählt Hindenburg! So sagen jetzt selbst überzeugende kommunistische Arbeiter und Beamten, daß seine andere Möglichkeit mehr vorhanden ist, als unter diesen Umständen dem Gegner Hindenburgs, dem Republikaner Marx, die Stimme zu geben. Die Größe der Gefahr gerichtet endlich die Lüge, mit der die Kommunisten bisher ihre Propaganda betrieben, die Lüge, als ob zwischen republikanischer Entwicklung und monarchistischer Restauration in Deutschland kein Gegengang vorliegen sei, als ob die Arbeiter kein Interesse daran hätten, gegen die Monarchie und für die Republik zu kämpfen, selbst wenn es sich um die „bürgerliche“ Republik handelt. Das erste Mal stehen die kommunistischen Arbeiter vor einer klaren Entscheidung.

Die Marke dieser Entscheidung röhrt aus der Komplikation der deutschen Verhältnisse. Die monarchistische Tradition, der Verlust, den alten Obrigkeitsstaat wieder herzustellen, kann in Deutschland nur überwunden werden, wenn in freier Wahlentscheidung das Volk in einer übergroßen, nicht angewinkelten Mehrheit jede monarchistische Kandidatur zu Boden wirft. Die erste Volkswahl um den Präsidenten der Republik ist entscheidend für eine Auseinandersetzung von bleibender historischer Bedeutung. Wer sich von diesem Kampfe aussicht, unterstellt die Feinde der Arbeiterschaft, unterstellt die Reaktion und zeigt, wes Geistes Kind er in Wirklichkeit ist.

Hätten die Kommunisten jemals ihre Politik nach deutschen Verhältnissen eingerichtet, dann hätte ihre Haltung auch in der Vergangenheit niemals zweifelhaft sein können. Vom Standpunkt der deutschen Arbeiterbewegung aus war es ein Verbrechen, die Angriffe der Reaktion im Reich und in Preußen zu ermutigen, war es ein Verbrechen, daß als Bundesgenossen der gefürchteten Feinde der deutschen Arbeiterbewegung zu nehmen. Doch die Kommunisten noch so viele Vorbehalte gegen Einzelheiten der sozialdemokratischen Politik haben, niemals durften sie sich als eine deutsche Arbeiterpartei jenseit vergeben, daß sie zu direkten Bundesgenossen der Reaktionäre würden. Wenn die Einsicht in deutsche Verhältnisse sie jemals geleitet hätte, mühten sie wissen, daß eine endgültige Kontrollierung der Republik in Deutschland Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung ist und daß diese Monopolisierung durch ihre Taktik aufs äußerste erwidert wurde.

Die kommunistische Partei aber hat sich niemals von der Einsicht in deutsche Verhältnisse leiten lassen. Vor Jahren waren in der deutschen kommunistischen Partei Anhänger davon vorhanden. Der Inflationswirrwarr hat diese Ansicht restlos beseitigt. Ruth Fischer selbst hat noch kürzlich betont, daß „seit

dem Herbst 1923 die KPD nicht mehr eine radikal-faschistische, sondern eine bolschewistische Bewegung“ geworden sei. Nicht mehr die Bedürfnisse der deutschen Arbeiterbewegung sind für die KPD maßgebend gewesen, sondern die sinnlosen Anstrengungen der Moskauer Internationale.

Moskau gebrauchte in Deutschland den Wirtswar. Moskau gebrauchte in Deutschland den Sturz der Republik, weil Moskau wußte, daß aus diesem Sturz sich unentwirrbares Unheil in Europa entwideln würde. Moskaus Interesse erforderte fringerige Verwicklungen, neues Blutvergießen, neues Chaos. Moskaus Interesse war gegen die Interessen der deutschen Arbeiterbewegung gerichtet. Die KPD, mit Millionenströmen aus dem russischen Regierung unterteilt, hatte für England und nicht für die deutsche Arbeiterbewegung zu arbeiten.

Heute ist für die kommunistischen Arbeiter Marke geblieben. Gute sehen sie, daß es auch für sie in der republikanischen Verfassung und in der Abwehr der Monarchie ein Stützpunkt gibt, daß ihnen wertvoller sein mag als die egoistischen Interessen des russischen Machthabers. Die Präsidentenwahl schafft Marke und zwingt jeden kommunistischen Arbeiter, sich die Frage eindeutig zu beantworten, für wen er seinen politischen Einfluß geltend machen will. Die Antwort muß klar sein:

Jede Arbeiterstimme gehört dem Republikaner Marx!

Der Rechtsblock schwindelt aus Prinzip.

Die gefälschten „Auslandstimmen“ der Rechtsblockpresse.

Die Organe des Hindenburg-Kongress und der Zimmeleinstanz, „Vaterland“ und „Tag“, Deutsche Allgemeine Zeitung usw., entziehen für zwei Monate darüber, daß die demokratischen Zeitungen in Selbstverständlichkeit Informationspflicht — dem deutschen Volkstum, die für die Kandidatur Hindenburgs anhängige Auslandstimmen mitteilen, suchen aber seligerweise mit transformativem Bemühen in der fremden Presse nach langerem frustrierendem Vorlaufe, das sie dann sofort bestreichen. Darauf folgen die Erklärungen über die Kandidatur Hindenburg aber schwer oder gar nicht zu finden, so fälschen und fabrizieren die journalistiche Rechtsblockszeitung solche so ziemliche Neuerungen, daß sie beispielweise behaupten, in Italien sei die Presse, oder ein Teil der Presse, für Hindenburg, und Russland habe in diesem Sinne ausgesprochen. Auch das ist, wie sich jetzt herausstellt, nichts als ein dreister Schwindel. Der Berliner Korrespondent der römischen „Tribuna“, Luigi Morandi, schreibt der „Gazetta“, daß eine Redaktion des „Vaterland“-Zeitung, die italienische Regierung habe deutlich ihren Sympathie für Hindenburg ausdrückt, eine Ausgabe der „Vaterland“-Zeitung ist. In der gesamten italienischen Presse, das Blatt „Mafionis“, den „Popoli d’Italia“ beigegeben, sei nichts dergleichen zu finden. Herr Morandi ist natürlich sehr häßlich, wenn er von „Ausgabe der Phantome“ spricht. Hölle Phantome ist bei diesen Fälschungen ein nicht die treibende Kraft, da die Rechtsblock-Propagapresse die gewissenlosen Fälschungen ruhig nachdrückt, verleiht sie am Ende.

Am Haushaltsausschuß des Reichstages äußerte sich der Reichsbauernminister am Sonnabend über die Eindrücke der Kandidatur Hindenburg im Auslande. Von den republikanischen Parteien war definitiv eine derartige Erklärung gefordert worden. Es war natürlich von vornherein anzunehmen, daß Stresemann seine Ausführung nur unter der Vorausehung der strengen Vertraulichkeit mache; denn er, der vor dem Weltkrieg aus, aus außenpolitischen Gründen den genossenschaftlichen Reichswirtschaftsminister Weizler zu opponieren, hat persönlich nicht den Nutzen, das Gleiche auch gegenüber Hindenburg zu tun, obwohl die außenpolitischen Bedenken gegen ihn viel gründlicher sind als gegen Weizler. Aus dem amtlichen Bericht, der über den Verlauf der Sitzung veröffentlicht wurde, geht hervor, daß die von den Reichstagsabgeordneten in Washington erzielte Abstimmung über die Kreditförderung an Deutschland als Folge der Kandidatur Hindenburg und nicht eingetragen ist. Es liegt bloß ein schriftlicher Bericht in Berlin vor, in dem es heißt, daß die Verhandlungen wegen der Wirtschaftsförderung nicht eingingen, weil man in Amerika zunächst ein Kauftarif für die Großbetriebe mieten schmieden will. Wieviel die Ostfertigung vorläufig nicht erfahren, und ob es in zweiter Instanz, ob Stresemann wenigstens nach der Ankunft des angeforderten Berichts eine Berichtigung vornehmen wird. Dagegen steht nun nicht.

Zu der Ausschusssitzung erklärte Max Werner (Dem.), daß die teilweise genannten Kreise des Auslands durch die Ausführung der Kandidatur Hindenburg zweifellos befürchtet beunruhigt sein müssen, wenn rechtstheoretische Politiker und Zeitungen gleichzeitig immer wieder betonen, die Wahl Hindenburgs solle das Ende der Stresemannschen Verfassungspolitik bedeuten. Der Rektor erinnert zwei Fälle, wo sich die Deutschen einigert haben. An dem einen Fall hatte ein deutsches Konservent einen Kredit von 25 Millionen Mark angelobt erhalten. Nach der Aufführung Hindenburgs haben die amerikanischen Geldgeber die Auszahlung bis nach der Präsidentenwahl zurückgestellt, weil man für den Fall der Wahl Hindenburg innere Verschwörungen befürchte. — Der Ausschuss vertragte sich schließlich bis zum 29. April.

(Walter Weidman.) Der Außenminister wird bei laut „Vierteljahr“ am Sonnabend in parlamentarischen Kreisen erkläre, daß er entschlossen sei, die Außenpolitik Herrschers laufend fortzuführen. Wie und weiterhin aus

Kreisen, die dem neuen Kabinett nahestehen, verschickt wird. Wieder ist es erstaunlich, wenn eine solche Politik von dem Ausfall des deutschen Volksentscheids am nächsten Sonntag abhängt zu verstehen. falls er, wie hier allgemein angenommen wird, zugunsten der Republik und des Reiches ausfällt, wird von Bündnis eine im besten Sinne des Wortes europäische Politik erwartet sein. Im Falle der Wahl Hindenburg ist zweifellos mit einer schweren deutsch-französischen Spannung zu rechnen.

Helfe, was helfen mag!

(Berlin, 20. April. Radiodienst.) Wie dem Berliner „Montagsmorgen“ gefährdet wird, planen hannoversche rechtsradikale Kreise ein neues „erstklassiges“ Wehrkampf der reaktionären Komiteeweise um die Reichsvorsitzenschaft. Allen Ernstes traut man sich mit dem Gedanken, gegen den Generalstabmarschall ein Duellattempat zu infizieren, um durch eine solche Zingierung einen neuen Stimmungszuwachs für den „gleichnamigen Obersturmturm“ zu erzeugen.

Leute, was helfen mag; es ist wohl möglich, daß die Herrschenden drüber zu solchen Mitteln greifen. Natürlich werden sie jetzt, nachdem der saubere Plan aufgedeckt worden ist, das Ding nicht mehr drehen können.

Herriot wird Kammerpräsident.

Der frühere Ministerpräsident Herriot hat die ihm angebotene Kandidatur der Union für die Präsidentschaft der Republik angenommen, nahm am Sonnabend mittags eine Delegationszusammenkunft mit Vertretern der sozialdemokratischen, der radikal-faschistischen und republikanisch-socialistischen Fraktionen, erneut bei vorzeitig geworden war.

2000 Verwundete in Sofia.

(Sagenmeldung aus Sofia.) Rund 200 Toten sind, wie jetzt festgestellt wird, durch das Attentat in der Reichsbotschaft am Sonnabend verunfallt worden. Auf Anweisung der Botschaftsschäden haben am Sonnabend weiterhin eine Reihe von Beerdigungen angeordnet, wobei abermals viele Personen verstorben sind. Es heißt, daß sich darunter auch die Haushaltssoldaten an dem in der letzten Zeit verübt Anschlägen befinden. Auch die Führer der kommunistischen Bauernbündner, Marlow und Balow, sind verstorben worden. Die sozialdemokratische Partei hat eine Aufforderung an das Bürgeramt erlassen, endlich den Haushalt um die gegenwärtige Beerdigung einzustellen. Am Sonnabend herrscht überall Ruhe.

Kampf im pommerschen Baumgewerbe.

(Stettin, 20. April. Radiodienst.) Der Kampf im Baumgewerbe Pommerns hat sich nunmehr auf die ganze Provinz ausgedehnt. Die Auslösung ist heute in allen Provinzorten erfolgt. Eine Wehrkampfdeklaration des von den Arbeitnehmern abgelehnten Scheidelsprechs wurde mit der Bekämpfung absehbar, doch mit genügend Sicherheit festgestellt sei, ob sämtliche im Scheidelsprech enthaltenen Bedingungen für das gewünschte Ziel genommen werden könnten. Die Unternehmer drohten, den von den Unternehmern propagierten Kampf durchzuführen.

Ein Putsch in Portugal.

(Lissabon, 20. April. Radiodienst.) Ein Putsch, bei dem Radikale vom Sonnabend zum Sonntag führen, führt der national-konservativen Partei und offiziellen Offizieren in Lissabon ausgetragen wurde, scheint nach den vorliegenden Meldungen mit einem völligen Erfolg abzuhenzen. Die legenden Radikale und Portugal erwecken den Anschein, daß die Regierung und ihre Truppen nach einem kurzen Kampf Herr der Lage geworden sind. Die Führer der revolutionären Bewegung sollen von den Regierungstruppen gefangen genommen worden sein. Der Sonntag ist in Lissabon seit in aller Ruhe verlaufen, da Städte und Dorf sind durch die Städte gestrichen.



